

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

November 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Miriam Greif

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 02. bis zum 08. November 2009

I. Institutionelle Angelegenheiten

Lissabon-Vertrag tritt am 01. Dezember in Kraft

Nachdem der tschechische Verfassungsgerichtshof am 03.11. alle Einwände einer Gruppe EU-kritischer Senatoren zurückgewiesen hatte, unterzeichnete der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel am selben Tag als letzter den EU-Reformvertrag. Der Vertrag tritt damit zum 01.12. in Kraft. Die EU-Staats- und Regierungschefs müssen sich nunmehr auf die Besetzung der neuen Spitzenpositionen einigen. Es geht hierbei vor allem um den Präsidenten des Europäischen Rats und den Hohen Repräsentanten für Außen- und Sicherheitspolitik, der gleichzeitig Kommissionsvizepräsident sein wird.

<http://www.euractiv.de/zukunft-und-reformen/artikel/klaus-hat-eu-vertrag-unterschrieben-002326>

Eingliederung zusätzlicher Europaabgeordneter ungeklärt

Vorgesehen ist, den nach dem Lissabon-Vertrag vorgesehenen 18 zusätzlichen Abgeordneten zunächst einen Beobachterstatus zu verleihen. Die Modalitäten müssten aber noch in den Mitgliedstaaten, die teilweise die Benennung noch nicht vorgenommen haben und im Europäischen Parlament geklärt werden. Stimmrechte erhielten sie erst nach einer Änderung des Lissabon-Vertrages, welche eventuell zusammen mit dem nächsten Beitrittsvertrag erfolgen könnte. Dies setzt in jedem Fall eine Ratifizierung in allen EU-Mitgliedstaaten voraus, was mindestens ein Jahr dauert.

<http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/zustzliche-mdeps-politischer-albtraum/article-187111>

Ungarn nominiert Laszlo Andor für EU-Kommission

Andor ist internationaler Ökonom und Vorstandsmitglied der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

<http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/ungarn-nominiert-volkswirt-eu-kommission/article-187117>

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

Kommissar Rehn wirbt für Fortsetzung der Erweiterungspolitik der EU

In seiner Rede vor dem französischen Senat am 03.11. betonte Rehn die stabilisierende Wirkung, welche die EU-Erweiterungspolitik auf die Länder des westlichen Balkans ausübe, und der gerade jetzt im Falle von **Bosnien-Herzegowina** große Bedeutung zukomme. Die Botschaft der Union sei klar: Zu einem glaubwürdigen Kandidaten könne dieses Land erst werden, nachdem die notwendigen Verfassungsreformen durchführt und das Büro des Hohen Repräsentanten aufgelöst wurden.

Als gutes Beispiel für die Anziehungskraft der EU lasse sich die ehemalige jugoslawische Republik **Mazedonien** anführen, die nach Jahren der Stagnation, Reformen durchgeführt hat, so dass die Kommission die Empfehlung aussprechen konnte, Beitrittsverhandlungen mit diesem Land zu eröffnen. Die **Türkei** müsse noch stärker auf politische Reformen in Bezug auf Frauenrechte, Meinungs- und werde von der Türkei erwartet, dass sie tatkräftige Beiträge zur Beilegung der Zypernfrage leiste.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1668&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/512&type=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>

Einigung zwischen Slowenien und Kroatien im Grenzkonflikt

Beide Seiten unterzeichneten am 04.11. unter Vermittlung der schwedischen Ratspräsidentschaft ein Abkommen über eine internationale Schlichtung. Damit ist endgültig die Gefahr einer Blockade der kroatischen Beitrittsverhandlungen durch Slowenien gebannt. Ein slowenisches Veto hatte zu einem fast einjährigen Stillstand geführt.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/11/4/croatia_and_slovenia_agreed_eu_closer_to_enlargement

b) Außenhandel

Weitere Handelshemmnisse bei wichtigen Handelspartnern der EU

Laut einem Bericht, der am 06.11. von der Kommission veröffentlicht wurde, haben die Haupthandelspartner der EU zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 über 220 Maßnahmen ergriffen, die sich als Handelshemmnisse auswirken könnten. Diese reichten von klassischen Handelsbeschränkungen wie Einfuhrverboten oder Zollerhöhungen bis hin zu subtileren Maßnahmen wie einer Politik der Bevorzugung einheimischer Waren. Etwa 5 % der EU-Produkte seien allein von klassischen Handelsbeschränkungen betroffen. Die Mehrzahl der neuen Handelshemmnisse seien erneut von Argentinien und Russland eingeführt worden. Hierzu gehörten Zollerhöhungen, Importlizenzen und Referenzpreise.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1681&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2009/november/tradoc_145270.pdf

Außenhandelsüberschuss der EU27 mit Indien 2.1 Mrd. EUR im Jahr 2008

Der Warenverkehr der EU27 mit Indien hat sich zwischen 2000 und 2008 mehr als verdoppelt. Der Wert der Ausfuhren stieg von 13,7 Mrd. Euro auf 31,6 Mrd. während sich der Wert der Einfuhren von 12,8 Mrd. auf 29,5 Mrd. erhöhte. Infolgedessen verbesserte sich der Handelsbilanzüberschuss der EU27 mit Indien von 0,8 Mrd. im Jahr 2000 auf 2,1 Mrd. im Jahr 2008. Im Jahr 2008 entfielen auf Indien 2,4% der Ausfuhren und 1,9% der Einfuhren der EU27, und Indien war der 10. größte Handelspartner der EU27. Die größten Überschüsse im Handel mit Indien verzeichneten Deutschland (+3,3 Mrd. Euro), Belgien (+1,2 Mrd.) und Schweden (+0,8 Mrd.), das größte Handelsbilanzdefizit Spanien (-1,4 Mrd.) und die Niederlande (-1,1 Mrd.).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/157&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Haftstrafe für großangelegten Textilienschmuggel aus China

Eine (rechtskräftige) Haftstrafe von zweieinhalb Jahren und eine Geldbuße von fast 50 Mio. Euro ist über den Verantwortlichen für einen großangelegten Betrug mit aus China importierten Textilien verhängt worden. Gegenstand des Betrugs, der nun von einem Gericht in Wien geahndet wurde, war die Umgehung von Zöllen und Mehrwertsteuer in Höhe von mehreren Millionen Euro. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF deckte die illegalen Machenschaften in Zusammenarbeit mit den österreichischen Zollbehörden und Behörden aus

mehreren anderen EU-Mitgliedstaaten auf. Auch Eurojust und Europol waren am Gelingen der Operation beteiligt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=OLAF/09/16&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Hilfen zur Verbesserung der Energieversorgung in AKP-Staaten

Die Kommission hat am 04.11. angekündigt, im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) für 2008–2013 die zweite Phase der AKP-EG-Energiefazilität einzuleiten. Nach einer ersten Durchführungsphase sind die EU und die Gruppe der AKP-Staaten übereingekommen, 200 Mio. EUR bereitzustellen, um Maßnahmen zur Verbesserung der Energieversorgung fortzuführen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1673&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

Weniger geleistete Arbeitsstunden und mehr Teilzeitarbeit in der EU27

Zwischen dem zweiten Quartal 2008 und dem zweiten Quartal 2009 fiel die Zahl der Erwerbstätigen um 1,9% in der EU27 und um 1,8% in der Eurozone (EA16). Im selben Zeitraum ging das BIP der EU27 um 4,9% und das der Eurozone um 4,8% zurück. Gründe für die relativ geringe Abnahme der Beschäftigung im Vergleich mit dem Wirtschaftsabschwung seien die Verringerung der Arbeitszeit und der verstärkte Rückgriff auf Teilzeitarbeit. Zwischen dem zweiten Quartal 2008 und dem zweiten Quartal 2009 fiel die Anzahl der wöchentlich geleisteten Arbeitsstunden eines Vollzeitbeschäftigten in 24 der 27 Mitgliedsstaaten. Die größten Rückgänge wurden in Estland (-1,5 Std.), **Österreich**, der Slowakei und Finnland (je -1,4 Std.), **Deutschland** und Schweden (je -1,3 Std.) und Dänemark (-1,2 Std.) verzeichnet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/159&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Hilfen für spanische Textilarbeiter

Über den EU-Globalisierungsfonds leistete die EU-Kommission am 05.11. eine Zahlung von 3.3 Mio. EUR zugunsten von 1.100 entlassenen Textilarbeitern. Rat und EP hatten im September zugestimmt.

Dritter Gleichstellungsgipfel am 16./17. November in Stockholm)

Beim dritten Gleichstellungsgipfel, organisiert von der schwedischen Ratspräsidentschaft und der Europäischen Kommission, treffen sich Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten, Kandidatenländer, von NGO-Netzwerken, Unternehmen, Medien und Akademien. Hauptziel des Gipfels ist es, die Gleichstellung aller Betroffenen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene zu fördern.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/11/16/equality_summit

b) Gesundheit

Keine Entwarnung bei Drogenkonsum

Nach dem Jahresbericht 2009 der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) sieht sich Europa einem immer komplexeren Drogenmarkt gegenüber. Der Mehrfachkonsum von verschiedenen Rauschmitteln und Alkohol nehme zu. Kokain und Heroin stünden weiterhin im Zentrum der Drogenproblematik in Europa, doch andere Substanzen wie Metamphetamine seien zunehmend in Ost- und Nordeuropa anzutreffen. Der rückläufige Cannabis-Konsum vor allem bei Jugendlichen gebe Anlass zu Hoffnung. Trotzdem könne der Anteil der jungen Europäer, die fast täglich Cannabis gebrauchen, auf 2 bis 2.5% geschätzt werden. Etwa 22% der europäischen Erwachsenen hätten Erfahrungen mit Cannabis, 3.9% mit Kokain, 3.1% mit Ecstasy und 3.5% mit Amphetaminen. Zwischen 1.2 und 1.5 Mio. Europäer seien problematische Opioidkonsumenten.

http://www.emcdda.europa.eu/attachements.cfm/att_93236_DE_EMCDDA_AR2009_DE.pdf (Jahresbericht 2009)

<http://www.emcdda.europa.eu/html.cfm/index86703EN.html> (National Report Germany 2008)

<http://www.emcdda.europa.eu/html.cfm/index86753EN.html> (National Report Austria 2008)

Zusammenarbeit zwischen Human- und Tiermedizin bei Virus H1N1

In ihrer Rede auf der Konferenz zu „Grippe an der Schnittstelle zwischen Menschen und Tieren“ am 30.10., betonte Kommissarin Androulla Vassiliou, dass die Verbindung zwischen öffentlicher Gesundheit und Tiergesundheit allgemein im Bewusstsein verankert sei. Interessant zusammengesetzt sei das Virus H1N1, nämlich aus Genen von Vögeln, Schweinen und Menschen. Die derzeitige Pandemie sei allerdings in erster Linie ein humanmedizinisches Problem. Schweine würden durch Kontakt mit Menschen angesteckt. Die Überwachung der Pandemie sollte sich auf die frühzeitige Aufdeckung des Virus bei Menschen und Tieren konzentrieren.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/509&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EU hilft Ukraine bei Grippepandemie

Über den Zivilschutzmechanismus der EU sind etwa aus Österreich 450.000 Schutzmasken sowie Desinfektionsmittel und Handschuhe geliefert worden. Österreich, Deutschland, Frankreich und Lettland entsandten auch Experten. Weitere Hilfen kamen aus der Slowakei, Ungarn und Polen.

EU und USA kooperieren bei Forschung zu Antibiotikaresistenzen

Beim EU-USA-Gipfel am 03.11. einigten sich beide Seiten auf die Einsetzung einer Taskforce zu Antibiotikaresistenzen. Die EU und die USA wollen zusammen mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine Führungsrolle übernehmen.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/11/4/eu_and_usa_initiate_cooperation_against_resistant_bacteria

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung

Kommission lässt drei neue Genmaissorten zu

Die Kommission genehmigte am 03.11. wie erwartet den Import und die Vermarktung zur Weiterverarbeitung sowie zur Nahrungs- und Futtermittelherstellung für die Genmaissorten MON88017, MON89034 und 59122xNK603. Die Genehmigung gilt für 10 Jahre. Zuvor hatte der Rat weder für noch gegen die Zulassung eine qualifizierte Mehrheit erreicht, so dass die endgültige Entscheidung auf die Kommission überging.

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

Zwei neue Herkunftsbezeichnungen

Es handelt sich um das tschechische Bier "Černá Hora" (IGP) und die ungarische Zwiebel "Makói vöröshagyma" oder "Makói hagyma" (AOP).

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/index_fr.htm

b) Landwirtschaft

Fortschritte bei Alternativen zu Tierversuchen

Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen und der für Forschung und Entwicklung zuständige Kommissar Janez Potočnik haben im November 2005 die Europäische Partnerschaft für die Förderung von Alternativkonzepten zu Tierversuchen (EPAA) ins Leben gerufen. Sowohl die Industrie als auch die Europäische Kommission haben am 06.11. auf einer Konferenz in Brüssel erklärt, sie seien entschlossen, diese beispiellose Zusammenarbeit zu intensivieren, um eine möglichst weitgehende Reduzierung von Tierversuchen zu erreichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1679&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/enterprise/epaa/index_en.htm

<http://cordis.europa.eu/documents/documentlibrary/106691831EN6.pdf>

Maßnahmen zu Blauzungenkrankheit fortgeführt

Der Ständige Ausschuss für die Nahrungsmittelkette und die Tiergesundheit sprach sich am 05.11. für die Verlängerung der derzeitigen Maßnahmen bis 31.12.2010 aus. Die Lage habe sich wegen der Massenimpfungen deutlich verbessert. Nur immune oder geimpfte Tiere dürften aus Blauzungensperrzonen in blauzungenfremde Gebiete verbracht werden.

c) Fischerei

Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT)

Am 07.11. ist die Jahrestagung der Internationalen Kommission zur Erhaltung der Thunfischbestände im Atlantik (ICCAT) in Recife, Brasilien, eröffnet worden. Schlüsselthemen für die EU sind dabei die Erholung der Bestände an Rotem Thun, insbesondere durch Reduzierung der zulässigen Gesamtfangmenge (TAC) und der Fangkapazität, durch eine verbesserte Einhaltung der ICCAT-Vorschriften sowie durch Annahme von auf wissenschaftlichen Gutachten basierenden Maßnahmen für alle Fischbestände. Die EU will dafür sorgen, dass neben Rotem Thun auch den übrigen gefährdeten Beständen gebührende Aufmerksamkeit gewidmet wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1683&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

www.iccat.int

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Verbraucherschutz in der EU mangelhaft

In einer Rede und einem Politikpapier ("A Blueprint for Consumer Policy in Europe: Making Markets Work with and for People") beklagte Verbraucherkommissarin Kuneva am 05.11. die unzulängliche Einbeziehung von Verbraucherangelegenheiten in die bestehenden Politiken. Mängel gebe es vor allem beim grenzüberschreitenden Online-Einkauf, bei der Vermarktung digitaler Inhalte und bei den Dienstleistungen. Mangels Vertrauen und mangels wirksamer grenzüberschreitender Rechtsbehelfe wie Sammelklagen kauften nur etwa 7% der Europäer grenzüberschreitend online ein. Die derzeitigen Urheberrechtsbedingungen führten zu einer Fragmentierung der Märkte und zu unfairen Lizenzierungsauflagen für die Verbraucher. Bei

Dienstleistungen wie etwa Finanzprodukten müssten Verbraucher ähnlich wie auf den Warenmärkten vor unsicheren Angeboten geschützt werden.

http://ec.europa.eu/consumers/docs/speech_09_515_en.pdf

http://ec.europa.eu/consumers/docs/kuneva_consumer_blueprint_en.pdf

Empfehlungen der Kommission zum Bankenwechsel umgesetzt

Nachdem die Kommission die Bankenbranche der EU aufgefordert hatte, einen Service für Kunden zu entwickeln, die innerhalb desselben Mitgliedstaats die Bank wechseln wollen, hat das European Banking Industry Committee (EBIC) die Gemeinsamen Grundsätze für den Wechsel der Kontoverbindung verabschiedet, welche ab 01.11. umgesetzt werden. Danach hilft die neue Bank dem Kunden bei der Umstellung von Zahlungsaufträgen auf das neue Konto und bei der Schließung des alten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1667&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/finances-retail/mobility/baeg_de.htm

Grenzüberschreitende Lastschriften jetzt möglich

Ab dem 02.11. bieten die Banken ihren Kunden die Möglichkeit, regelmäßige Zahlungen über das neue SEPA-Lastschriftverfahren abzuwickeln. Damit können Verbraucher und Unternehmen zum ersten Mal Lastschriftverfahren zwischen verschiedenen Ländern des Euro-Raums direkt durchführen. Flankiert wird die von der Branche auf den Weg gebrachte Initiative durch neue EU-Vorschriften über Zahlungsdienste und grenzüberschreitende Zahlungen, die am 01.11. in Kraft treten und sicherstellen sollen, dass SEPA-Lastschriftverfahren genauso einfach, effizient und sicher sind wie nationale Zahlungsverfahren, ohne dabei teurer zu sein. Tausende von Banken des Euro-Raums haben sich dem neuen System bereits angeschlossen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1665&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/payments/sepa/index_de.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/payments/framework/index_de.htm

Konsultation zu Orientierungshilfe für SEPA-Lastschriftverfahren

Die Kommission hat zur Stellungnahme zu einem Arbeitspapier ihrer Dienststellen aufgerufen, das den Beteiligten des SEPA-Lastschriftverfahrens (SDD) weiterführende Erläuterungen an die Hand gibt und auf diese Weise gewährleisten soll, dass im Rahmen des SDD verwendete kollektive Vereinbarungen über Finanzierungsmodelle mit den Wettbewerbsbestimmungen des EG-Vertrags im Einklang stehen. Einsendeschluss für die Stellungnahmen ist der 14.12. 2009. Im Anschluss an diese Konsultationsrunde plant die Kommission, eine endgültige Orientierungshilfe anzunehmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1666&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/sectors/financial_services/SEPA_working_document.pdf

http://ec.europa.eu/internal_market/payments/sepa/index_en.htm

b) Wettbewerbsrecht

EU-Kommission erleichtert über Absage von Opel-Verkauf

Nach Presseberichten ist General Motors mit der Absage des Verkaufs von Opel an Magna und die russische Sber-Bank einer Beanstandung durch die EU-Kommission zuvorgekommen. Kommissarin Kroes habe die Verknüpfung von Beihilfen mit dem Verkauf an Magna sehr kritisch gesehen. Bis zum 27.11. habe die Kommission eine Frist im Rahmen des Kartellverfahrens gesetzt.

<http://www.euractiv.com/de/wettbewerb/eu-gm-verzicht-opel-verkauf-erleichtert/article-187051>

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

Kommission sieht EU-Wirtschaft auf Weg zur Erholung

Nach der Herbstprognose 2009-2011 überwindet die EU-Wirtschaft die Rezession in der zweiten Jahreshälfte, auch wenn für 2009 noch ein BIP-Rückgang um 4% zu erwarten ist (DE: -5.0, AT -3.7%). Für 2010 und 2011 wird in der EU eine allmähliche Erholung mit einem BIP-Wachstum von 0.7 bzw. 1.6% erwartet; Deutschland mit 1.2 bzw. 1.7% und Frankreich mit 1.2 bzw. 1.5%. sind Wachstumslokomotiven; Österreich hält mit 1.1 bzw. 1.5% Schritt. Die Arbeitslosigkeit steige allerdings in der EU von 9.1% in 2009 auf 10.3% in 2010 und 10.2% in 2011 (Zahlen für DE: 7.7, 9.2 und 9.3%, für AT: 5.5, 6.0 und 5.7%). Die Inflationsrate in der EU steige von 1.0% in 2009 auf 1.3% in 2010 und 1.6% in 2011 (DE: 0.3, 0.8 und 1.0%, AT: 0.5, 1.3 und 1.6%). Das Haushaltsdefizit in der EU (in %/BIP) belaufe sich auf 6.9% in 2009, 7.5% in 2010 und 6.9% in 2011 (DE: 3.4, 5.0 und 4.6%; AT: 4.3, 5.5 und 5.3%). Die Zahlen für 2011 stehen allerdings unter dem Vorbehalt einer unveränderten Politik.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1663&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article16051_en.htm

Kohäsionspolitik soll wirksamer werden

In einer Rede am 04.11. betonte der Kommissar für Regionalpolitik, Paweł Samecki die Notwendigkeit von Reformen. Die Mittel müssten auf eine begrenzte Zahl von Prioritäten wie Innovation, Beschäftigung und soziale Integration konzentriert werden. Die Ergebnisse müssten stärker im Vordergrund stehen und sollten auch nicht nur von der EU-Kommission, sondern auch von den anderen Mitgliedstaaten („peer review“) evaluiert werden. Notwendig seien auch maßgeschneiderte institutionelle Vorkehrungen und ein effizienteres Verwaltungssystem bei der Durchführung. Schließlich müsse das Budget für die Kohäsionspolitik flexibler gehandhabt werden können.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/513&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Erzeugerpreise der Industrie in Eurozone im September um 0,4% gesunken

In der Eurozone (EZ16) fiel der Erzeugerpreisindex der Industrie im September 2009 im Vergleich zum Vormonat um 0,4% und in der EU27 um 0,7%. Im August stiegen die Preise um 0,5% in beiden Gebieten. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat nahmen die Erzeugerpreise im September 2009 in der Eurozone um 7,7% und in der EU27 um 7,3% ab.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/156&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

Neuer Energierat EU-USA

In Washington wurde am 04.11. ein neuer Energierat EU-USA ins Leben gerufen. Die EU-Kommissare Andris Piebalgs (Energie), Benita Ferrero-Waldner (Außenbeziehungen) und Janez Potočnik (Forschung) kamen mit dem amerikanischen Energieminister Steven Chu und dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister James Steinberg zur Gründung des Energierats zusammen. Der Energierat EU-USA wird einen neuen Rahmen für einen vertieften transatlantischen Dialog über strategische Energiefragen wie die Versorgungssicherheit oder Maßnahmen für die Einführung CO₂-armer Energiequellen vorgeben und gleichzeitig die laufende wissenschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energietechnologien stärken.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1674&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/490&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

c) Finanzen

G-20-Finanzminister einigen sich nicht auf Finanzierung von Klimaschutz

In der Schlusserklärung des Treffens der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der G-20-Staaten am 07.11. in St. Andrews (UK), wird das Erfordernis einer Finanzierung der Klimaschutzpolitik in den Entwicklungsländern anerkannt, doch werden hierfür keinerlei konkrete Zusagen gemacht. Einigkeit bestand aber darüber, die Konjunkturmaßnahmen noch solange fortzuführen bis der Wirtschaftsaufschwung konsolidiert ist. Sobald dieser Punkt erreicht sei, müsse eine koordinierte Ausstiegsstrategie verfolgt werden. Die Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Finanzaufsicht würden fortgeführt, ebenso wie die Einführung von Bonus-Systemen für Manager welche auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtet seien. Fortschritte gebe es auch beim gemeinsamen Vorgehen gegen Steuerparadiese.

http://www.g20.org/Documents/2009_communique_standrews.pdf

http://www.g20.org/pub_communiques.aspx

Europäische Zentralbank hält wie erwartet Leitzins konstant bei 1%

Auf der Sitzung am 05.11. beschloss der EZB-Rat, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 1,00 %, 1,75 % bzw. 0,25 % zu belassen. EZB-Präsident Trichet begründete dies mit einer auf mittlere Sicht geringen Inflationsgefahr und einer allmählichen Wirtschaftserholung. Dringend notwendig sei aber eine glaubwürdige Strategie zur Zurückführung der öffentlichen Defizite, sobald der Wirtschaftsaufschwung gefestigt sei. Steuersenkungen sollten erst mittelfristig ins Auge gefasst werden. Eine fortgesetzte hohe staatliche Schuldenaufnahme untergrabe das Vertrauen in die Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen und gefährde das Wirtschaftswachstum. Alle Länder müssten aber auch Strukturreformen durchführen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2009/html/pr091105.de.html>

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2009/html/is091105.en.html#qa>

Europäische Zentralbank bereitet Ausstieg aus Krisenmaßnahmen vor

In einer Rede am 06.11. betonte EZB-Direktoriumsmitglied José Manuel González-Paramo, dass die unkonventionellen Maßnahmen der EZB zurückgenommen werden müssten, sobald die Wirtschaftskrise vorüber sei. Eine fortgesetzte unbegrenzte Liquiditätszuführung für die Banken würde zu Inflationsrisiken führen. Angestrebt werde eine Rückkehr zur wöchentlichen Vergabe von Zentralbankliquidität. Die erweiterte Zulassung von Sicherheiten werde nach dem Auslaufen der für Dezember vorgesehenen einjährigen (unbegrenzten) Kreditzuteilung voraussichtlich auslaufen. Die für Zentralbanken unübliche Zurverfügungstellung von Fremdwährungsliquidität sei bereits zurückgegangen; mangels Nachfrage gebe es keine längerfristigen Ausleihungen mehr. Alle Maßnahmen würden jedoch nur schrittweise umgesetzt.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2009/html/sp091106.en.html>

Stützungsmaßnahmen für die Sparkasse KölnBonn überprüft

Die EU-Kommission hat eine eingehende Untersuchung zu den Stützungsmaßnahmen für die Sparkasse KölnBonn eingeleitet und die Bank aufgefordert, einen Umstrukturierungsplan vorzulegen. Dies sei ein erster Schritt, um in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden zu einer langfristig tragfähigen Lösung zu gelangen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1670&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Eurosystem setzt Aufkauf von Pfandbriefen fort

Vom 05.10. bis 30.10. erwarb das Eurosystem (EZB und nationale Zentralbanken) Pfandbriefe (covered bonds) über 4.180 Mrd. EUR, davon 1.294 Mrd. EUR auf dem Primärmarkt und 2.886 Mrd. EUR auf dem Sekundärmarkt. Bis 30.10. summierten sich die gesamten Aufkäufe des Eurosystems auf 21.036 Mrd. EUR.

http://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/monthlyreporteurosystemcoveredbondpurchaseprogramme200910_en.pdf

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

Konsultation zur besseren Verknüpfung von Handelsregistern

Die Kommission hat bis 31.01.10 eine öffentliche Konsultation darüber eingeleitet, wie die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmensregistern verbessert werden kann. Ziel ist ein besserer Zugang zu Unternehmensinformationen und eine größere Rechtssicherheit bei grenzüberschreitenden Geschäften in der EU. Die Antworten sollen in Überlegungen zu Gesetzgebung oder sonstigen Maßnahmen einfließen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1677&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/company/business_registers/index_en.htm

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

Begrenzung der CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen

Die Kommission hat am 28.10., nach dem Vorbild der Verordnung zur Begrenzung der Emissionen von PKWs, einen Vorschlag für eine Verordnung zur Begrenzung der durchschnittlichen CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen (Lieferwagen) auf 175 g pro Kilometer vorgelegt. Die Vorschriften sollen ab 2014 bis 2016 schrittweise eingeführt werden und sehen bis 2020 eine Senkung der Emissionen auf 135 g CO₂ /km vor. Die Hersteller müssen dafür sorgen, dass die durchschnittlichen Emissionen der ab 2014 in der EU zugelassenen Fahrzeuge unter der Grenzwertkurve liegen, wenn 75 % der Fahrzeuge berücksichtigt werden. Im Kalenderjahr 2015 steigt dieser Anteil auf 80 % und ab 2016 muss die gesamte Flotte den Durchschnitt einhalten. Ab 2019 wird bereits das erste g/km über dem Grenzwert 120 EUR je Fahrzeug kosten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1605&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/air/transport/co2/pdf/com_2009_593.pdf

http://ec.europa.eu/environment/air/transport/co2/co2_cars_regulation.htm

Kein Durchbruch bei letzter Klimakonferenz vor Kopenhagen

Beim Treffen der UN-Klimakonferenz vom 02.-06.11. in Barcelona wurde vor allem an den USA Kritik geübt, da sie wegen der im Senat blockierten Klimagesetzgebung nicht in der Lage seien, klare Verpflichtungen einzugehen. Keine Klarheit gab es auch hinsichtlich der Reduktionsziele der Schwellenländer bis zum Jahr 2020. Die Teilnehmer rechnen für den Weltklimagipfel in Kopenhagen im Dezember nicht mehr mit einem völkerrechtlichen Abkommen, sondern nur noch mit einer unverbindlichen Einigung auf künftige Emissionsziele. Schließlich gab es keine Zusagen für Finanzhilfen an die Entwicklungsländer zur Durchführung der Klimaschutzpolitik.

http://unfccc.int/meetings/intersessional/barcelona_09/items/5024.php

<http://www.euractiv.com/de/klimawandel/klimagesprache-barcelona-setzen-usa-druck/article-187018>

Bericht zum ökonomischen Wert der ökologischen Vielfalt

Die EU und ein von Deutschland unterstütztes Studienprojekt veröffentlichen den Bericht "The Economics of Ecosystems and Biodiversity (TEEB)" am 13.11. Der Bericht richtet sich an die politisch Verantwortlichen und unterstreicht die Notwendigkeit, den ökonomischen Wert von ökologischer Vielfalt zu erkennen und bei relevanten Entscheidungen zu berücksichtigen.

<http://www.teebweb.org/>

b) Verkehr

Europäische Logistikbranche sieht sich unterbewertet

Frank Appel, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post World Net, erklärte anlässlich des zweiten EU-Logistik-Gipfels am 04.11. in Brüssel, dass die Logistikbranche sowohl von den Politikern als auch der Öffentlichkeit in ihrer Bedeutung verkant werde. Logistik werde im Wesentlichen auf Transport und Lagerhaltung reduziert und nicht als die größte Branche, mit einer Billion EUR Umsatz und damit weit mehr als die Automobilindustrie oder die chemische Industrie, gesehen. Darüber hinaus behindere das Modell der Europäischen Union zur Verkehrspolitik die Wettbewerbsfähigkeit, behaupten Industrievertreter.

<http://www.euractiv.com/de/verkehr/logistik-eu-unterbewertet/article-187070>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

Einigung über letzten offenen Punkt bei Telekommunikationspaket

In der Nacht vom 04./05.11. erzielten Rat und EP im Vermittlungsausschuss eine einstimmige Einigung über das Recht auf Zugang zum Internet. Festgeschrieben wird nunmehr, dass bei Verstößen wie dem illegalen Herunterladen die Sperrung des Internetanschlusses einer effektiven gerichtlichen Überprüfung unterliegt. Mit einer förmlichen Annahme wird für Ende November gerechnet. Durch das Telekommunikationspaket wird ein Binnenmarkt für Telekommunikationsleistungen mit wirksamem Wettbewerb und verbessertem Zugang zu Hochgeschwindigkeitsnetzen geschaffen. Wesentlich verbessert werden der Datenschutz und die Nutzerrechte, etwa durch die Möglichkeit, unter Mitnahme der Nummer, innerhalb eines Arbeitstages den Anbieter im Festnetz oder im Mobilfunk zu wechseln.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/491&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

EU-Kommission prüft besseren Schutz für Erwerber digitaler Inhalte

Auf einer von der Kommission am 03./04.11. zusammen mit der schwedischen Ratspräsidentschaft veranstalteten Konferenz erklärte Kommissarin Kuneva, dass die Rechte der Verbraucher beim Kauf von Software, Spielen, Musik oder Filmen im Internet harmonisiert und effektiv durchgesetzt werden sollten. Die Kommission plane hierzu eine Studie in mehreren Mitgliedstaaten und einen Rechtsvergleich zu mehreren Mitgliedstaaten und den USA. Anzumerken ist, dass die vorgeschlagene Richtlinie zu den Rechten der Verbraucher digitale Güter nicht erfasst.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/11/4/consumer_protection_important_when_purchasing_films_and_music_online

Internetseiten, die Klingeltöne und andere Handydienste anbieten

EU-Verbraucherschutzkommissarin Meglena Kuneva stellt am 17.11. die Ergebnisse der EU-Maßnahmen vor, mit denen die Mitgliedsstaaten gegen Verstöße von Internetseiten beim Verkauf von Klingeltönen und anderen Handydiensten vorgehen. Unklare Preisinformationen und

irreführende Geschäftsbedingungen sollten durch diese Maßnahmen beseitigt werden. Für 11:15 Uhr ist eine Pressekonferenz mit Kommissarin Kuneva und dem Leiter der italienischen Kartellbehörde Paolo Saba angesetzt.

http://ec.europa.eu/consumers/index_de.htm

X: Bildung, Forschung, Kultur

Konferenz zur Curriculum-Reform in der Berufsbildung am 09./10.11.2009

Die EU-Berufsbildungsagentur Cedefop veranstaltet hierzu in Thessaloniki einen Workshop mit Beteiligung der EU-Kommission und internationalen Organisationen.

http://www.cedefop.europa.eu/etv/upload/etvnews/news/4868-att1-1-2009-11-02-press_release_workshop_on_curriculum_development_en.pdf

Anzeiger über Ausgaben von Unternehmen für Forschung und Entwicklung

Der für Wissenschaft und Forschung zuständige EU-Kommissar Janez Potočnik präsentiert voraussichtlich am 16.11. die Ergebnisse der aktuellen Ausgabe des EU-Anzeigers für FuE-Investitionen der Industrie im Jahre 2008. Der Anzeiger gibt Aufschluss über die 1000 Unternehmen aus der EU, die am meisten in FuE investieren, sowie über die 1000 am meisten investierenden Unternehmen aus dem Rest der Welt.

http://ec.europa.eu/dgs/research/index_de.html

XI: Sonstiges

Präsentation der digitalen EU-Bibliothek

Für den 19.11. ist in Brüssel die Präsentation durch EU-Kommissar Leonard Orban geplant. Über 110 000 EU-Publikationen, die das Amt für Veröffentlichungen im Namen der EU-Institutionen herausgegeben hat, können jetzt, nach dem Scannen von mehr als 12 Millionen Seiten, aus der digitalen EU-Bibliothek kostenlos heruntergeladen werden.